

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 65, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282-285
Tel.-Bereifer: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin S.W. 65, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2308-2307

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Worte und Taten.

Die Lehren des kommunistischen Streiks.

Genossinnen und Genossen!

Der kommunistische Streik ist zusammengebrochen. Wieder einmal stehen Arbeitsbrüder vor den Trümmern der Hoffnungen, die ihnen von politischen Kindschöpfen eingegeben worden waren. Jetzt müssen sie ihren Träumen womöglich noch den Verlust mehrerer Tagesverdienste nachwerfen. Genossinnen und Genossen, helft jetzt denjenigen, die durch die sogenannten Kommunisten betrogen worden sind, auf dem Wege zur richtigen Einsicht.

Sagt ihnen, daß ihre Erbitterung über das verschwundene Kabinett Cuno, ihre Empörung über Hovensteins Zahlungsmittelwirtschaft, ihr verzweifelles Unschicksel gegenüber der die Familie und unschuldige Kinder schier erdrückenden Lebensmittelverteilung terecht ist. Aber sagt ihnen auch, wer während der jüngst vergangenen acht Tage ihnen Butter und Gold versprochen und wer für sie in dieser Zeit wirklich etwas getan hat.

Als die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Gewerkschaften ihre Steuerforderungen formulierten, damit zum Start der Rentenpresse endlich der Besitz ordentlich angefaßt werde — Forderungen, die dann durchgekehrt worden sind —, da steckte die kommunistische Leitung die Köpfe zusammen und beriet. Sie beratschlagte nicht etwa über bessere Forderungen und deren rasche Durchsetzung, sondern darüber, wie der Arbeiterbevölkerung das Gas abgedreht werden könnte.

Als die Sozialdemokraten im Steuerauschuß des Reichstags ihre scharfen Forderungen durchsetzten, da liefen die Kommunisten mit wie folgelsame junge Leute,

ohne eigene Meinung und ohne eigenen Willen.

Nicht eine einzige Forderung haben die Kommunisten aufgestellt und durchzusetzen versucht. Sie stimmten immer mit unseren Genossen. Zur gleichen Zeit erklärten sie aber in einer Sitzung der Gewerkschaftskommission, des ADGB, und unserer Partei, daß sie ohne Rücksicht auf die Beschlüsse dieser Konferenz durch ihre Fünftzehnerkommission den Generalkrieg ausrufen lassen würden.

Als die sozialdemokratischen Forderungen im Reichstag durch die bürgerlichen Parteien im Druck der Stände angenommen wurden,

gaben die Kommunisten, ohne eine selbständige Meinungsregung ohne einen ernsthaften Ton zu sagen,

mit der Deutschen Volkspartei gemeinsam ihre Stimmen für unsere Forderungen

ab. Aber draußen und in den Betrieben redeten sie den verbitterten und aufgeregten Arbeitsbrüdern ein, daß sie streiken müßten.

Als die Sozialdemokraten rasche Aufzehrung von Lebensmitteln verlangten und durchsetzten, wurden unter kommunistischer Führung die Eisenbahnen verprügelt, weil sie den Betrieb nicht stilllegen wollten.

Als die Sozialdemokraten sich dazu entschlossen, in der Reichsregierung mit eigenen Händen zuzugreifen, damit unter ihrer Arbeit durch ausreichende Steuererträge die Rentenpresse ihre verderbliche Arbeit bald einzuschränken vermöge, da wurden den Arbeitern mit der Parole von der Proletarier- und Bauernregierung die Köpfe verteilt.

Die proletarischen Hundstößen sollen mit Hilfe der Kontrollauschüsse auf dem Lande Nahrungsmittel beschlagnahmen, mit den enteigneten Besitzern des weggenommenen Viehes, mit den Hunderttausenden, die im Bund der Landwirte organisiert sind, soll aber zugleich eine kommunistische Regierung gebildet werden!

Genossinnen und Genossen! Was die durch den Unsinn der sogenannten Kommunisten Enttäuschten nicht zur dumpfen Verzweiflung, zur hoffnungslosen Ergebenheit in ihr Schicksal kommen und verhindert, daß sie sich womöglich gar den Koalitionsfreunden der Sozialisten, den Hakenkreuzlern, anschließen. Eure Arbeit, die ihr jetzt zu leisten habt, ist nicht die agitatorische Ausnützung einer günstigen Gelegenheit, es ist ein Verbänden der Wunden, die in der vergangenen Woche der Arbeiterbewegung durch politische Unzurechnungsfähigkeit geschlagen worden sind, es ist Nützung zum Kampf um ausreichende Entlohnung und Ernährung, für eine starke einheitliche sozialistische Bewegung. Nur sie wird den breiten Massen helfen und sie aus dem Elend, das auch die Rot Deutschlands ist, herausführen.

Verzweigt nicht, fordert zur Mitarbeit auf!

Wollt kein Paradies aus, aber zeigt den Weg der sozialistischen positiven Politik!

Halte die Hände fest, die auf die Gewerkschaften einschlagen wollen!

Bezirksvorstand Berlin
der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Erkannte Notwendigkeit.

Urteile über die große Koalition.

Der Eintritt der deutschen Sozialdemokratie in die große Koalition steht natürlich im Vordergrund aller parteigenösslichen Diskussion nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland. Besonders interessant ist es, die Stimmen unserer deutschen Genossen außerhalb der Reichsgrenzen zu vernehmen.

Die „Arbeiterzeitung“, das Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs, schreibt:

Es war ohne Zweifel ein Akt von Selbstüberwindung, daß die Sozialdemokraten die Bedenken gegen diese große Koalition zurückgestellt haben, die Furchtbarkeit der Lage ließ aber keine andere Wahl zu, was vielleicht dennoch nicht hindern wird, daß der Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung Stresemann in der Partei Anfechtungen erwecken wird; aber so wird es darauf ankommen, wie sich die Koalitionsregierung praktisch bewähren wird, ob die Sozialdemokraten nämlich imstande sein werden, das kapitalistische Bürgerium zur Leistung der notwendigen Opfer zu zwingen. Denn aus dem Sumpfe der „Prinzipien“ des Herrn Cuno muß die Regierung, in der die Sozialdemokraten sitzen, natürlich heraus. Sie muß Reich und Volk retten, und die Rettung kann nur kommen, wenn die schamlose Begünstigung und Begünstigung des Kapitals, der sich die Regierung Cuno hingegeben hat, ein Ende nimmt.

Eine unabweisbare Notwendigkeit gehordend, hat die Sozialdemokratie die Teilnahme an der Regierung der großen Koalition bewilligt. Um so größer ihre Verpflichtung, dieser Regierung den sozialdemokratischen Geist, die sozialdemokratische Rücksichtslosigkeit und Unbeugsamkeit einzupflanzen. Die Taten dieser Regierung müssen so sein, daß die sozialdemokratische Teilnahme sichtbar und fühlbar wird und sich dadurch vor dem arbeitenden Volke rechtfertigt.

Ganz in demselben Sinn äußert sich auch der Prager „Sozialdemokrat“, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei. Nach einer scharfen Kritik der Herr Cuno wird dort ausgeführt:

Das System, das so tödliche Folgen zeitigt hat, irgendwie zu gasanzuführen, würde ein unfähbares Verbrechen am deutschen Volke bedeuten, hätte die große Koalition dem Großbürgerium auch nur die entfernteste Möglichkeit, unter halb sozialistischer Vermummung in der bisherigen Art fortzumarkieren, so wäre sie der verhängnisvollste Karrenstreich der deutschen Parteigeschichte. Gerade das Umgekehrte ist der Fall: die letzten Taten des Cunoschen Finanzministers Dr. Hermes, die energisch durchgreifenden Steuererlasse, und deren fast einstimmige Annahme im Reichstag zeigen, daß sich die bürgerlichen Parteien, in freilich viel zu später Stunde und von halber Verzweiflung getrieben, zu den unermüdbar und bis dahin vergeblich vorgebrachten Forderungen der deutschen Sozialdemokratie bekannt haben. Diese Stunde und die psychologischen Möglichkeiten, die sie bietet, gilt es auszunutzen. Unsere Genossen im Reich sind nicht gewillt, sich als Vorspann herzugeben, den verfahrenen Wagen der bürgerlichen Politik aus dem Dreck zu ziehen, sie sehen es vielmehr als ihre Aufgabe an, die Bürgerlichen auf dem Wege, den sie notgedrungen betreiben haben, weiterzustößen, und das können sie nur, wenn sie in der neuen Regierung vertreten sind und die Möglichkeit haben, sie geistig zu führen.

Wir freuen uns, daß die Absichten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von den deutschen Genossen außerhalb des Reiches so richtig verstanden werden. Daß der Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die Reichsregierung von zahlreichen Genossen in den Ententeländern im Interesse der internationalen Entspannung gewünscht wurde, ist uns seit langem bekannt. Auch dort wird der Weg, den unsere Reichstagsfraktion unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen zur Rettung einer beinahe schon verlorenen Lage eingeschlagen hat, Verständnis und Billigung finden.

Der Meinung der Wiener und Prager Genossen, daß die Sozialdemokratische Partei in der neuen Regierungskoalition ihren Willen mit aller Entschiedenheit zur Geltung bringen müsse, schließen wir uns rücksichtslos an. Sie ist weiter nichts als eine Selbstverständlichkeit. Selbst bürgerliche Blätter wie die „Frankfurter Zeitung“ haben darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratische Partei mit der neuen Politik, die ihr die Not auferdrängt hat, ein großes Risiko läuft. Die „Frankfurter Zeitung“ sieht in einer Zerstückelung der Sozialdemokratie, wie sie als Folge einer neuen Enttäuschung eintreten könnte, geradezu eine Gefahr für die Nation.

Dieser Gefahr gegenüber kann die Sozialdemokratische Partei nicht blind bleiben. Sie ist ja auch nicht voraussetzungs- und bedingungslos in die Regierung eingetreten, sondern sie hat für die zu leistende Arbeit ein Programm aufgestellt, von dessen Durchführung ihr Verbleiben in der Koalition abhängig ist, und die bürgerlichen Koalitionsparteien haben dieses Programm anerkannt. Sie haben die große Koalition und den Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die Regierung gewünscht, und dieser Wunsch wurde um so dringender, als sich herausstellte, daß die zweite reinbürgerliche Regierung der Republik, die Regierung Cuno, zu noch schlimmerem Scheitern verurteilt war als die erste, die Regierung Stresemann.

Wer das Ziel will, der muß auch die Mittel wollen. Wer die große Koalition will, muß auch mit einer Regierungspolitik einverstanden sein, die der Sozialdemokratie die Möglichkeit bietet, in der Koalition zu bleiben.

Für den Augenblick wird natürlich kein Sozialdemokrat wünschen, daß die Reichstagsfraktion den getanen Schritt wie-

Offenherzig — aus Freundschaft.

Die „Times“ kommentiert.

London, 16. August. (WIB.) „Times“ schreibt heute in einem Leitartikel, es sei vielleicht unvermeidlich gewesen, daß die letzte britische Note an Frankreich mißverstanden wurde, nicht nur auf dem Kontinent und in Amerika, sondern auch in gewissen Kreisen in England. Was tatsächlich geschehen ist, ist, daß die britische Regierung endlich ihre Anstößigkeit ausgesprochen habe. Es sei behauptet worden, daß die Note einen Bruch der Entente bedeute. „Times“ lehnt es ab zu glauben, daß dies ein notwendiges Ergebnis ist. Die Entente sei eine gegenseitige Anerkennung der Tatsache, daß der Frieden in Europa am wirksamsten aufrechterhalten werden könne, wenn Großbritannien und Frankreich eng zusammenhängen. Dies ist ein Axiom, zu dessen Anerkennung beide Nationen immer wieder getrieben würden, selbst wenn ihre Streitigkeiten am härtesten sind. Dieses Axiom werde auch in Deutschland anerkannt. In seiner Reichstagsrede vor seiner Ernennung zum Reichskanzler habe Stresemann bemerkt, es sei Torheit, sich einzubilden, daß ein Bruch der Entente Deutschland zugute kommen würde, da im Fall eines Bruchs, Deutschland die Kosten zu tragen habe. Da dies klar verstanden werde, so sei die ganze Frage, ob die britische Regierung in der augenblicklichen Lage mit unangenehmiger Offenheit sprechen solle oder nicht. Das einzige Hilfsmittel in einer unangenehmen Lage sei für die britische Regierung gewesen, alle Reserve beiseite zu lassen und unabweislich den britischen Standpunkt auseinandersetzen. Es müßte in Frankreich ebenso klar wie in England erkannt werden, daß die Entente ein mächtiges Werkzeug für das allgemeine Ganze sein könne, und daß dieser Zeit vorhanden sei, sich an das Hauptproblem heranzumachen. Glücklicherweise sei in Deutschland ein Umschwung eingetreten: die Anruhen legten sich, die vorläufigen Maßnahmen finanzieller Natur seien getroffen worden, und was auch immer ihr dauernder Wert sei, diese Maßnahmen der neuen Verwaltungsgewaltigkeit der Regierung hätten anscheinend die unmittelbare Gefahr hinausgeschoben. Stresemanns Regierung scheine mit Vertrauen aufgenommen worden zu sein. Werde die Überlegung des allgemeinen Interesses doch die Oberhand behalten?

Größerer Optimismus.

London, 16. August. Der Londoner Berichterstatter des WIB. erzählt, daß in englischen politischen Kreisen augenblicklich größerer Optimismus bezüglich einer Vereinbarung der Alliierten in der Reparationsfrage herrscht, als noch vor kurzem. Es wird erwartet, daß Polkorec die englische Note Punkt für Punkt und in höflichem Tone beantworten werde. Die Tatsache, daß gut unterrichtete Pariser Organe die Frage einer Sachverständigenberatung, sowie den im Bonar-Banschen Plan enthaltenen Betrag von 50 Milliarden Goldmark als Leistungsfähigkeit Deutschlands erwähnen, läßt nach englischer Ansicht darauf schließen, daß in gewissen französischen Kreisen der englische Vorschlag größere Beachtung findet, als bisher hätte angenommen werden können und daß er daher als

Verhandlungsgrundlage angesehen werde. Eine Sachverständigenberatung zur Festsetzung der deutschen Leistungsfähigkeit werde nach englischer Auffassung aus diesem Geiste heraus sehr bald zustande kommen, dürfte jedoch außer den alliierten Mitgliedern wohl nur einen amerikanischen Teilnehmer, aber keine neutralen Vertreter umfassen, da sich Frankreich der Teilnahme neutraler Vertreter wahrscheinlich widersetzen und England in diesem Falle nicht darauf bestehen würde.

London, 16. August. (Cca.) In politischen Kreisen beginnt die Meinung Boden zu gewinnen, daß die Verhandlungen zwischen Frankreich und England, die zunächst durch die französische und belgische Note fortgesetzt werden, doch nicht ganz ohne Aussichten auf Erfolg sind. Insbesondere hat eine Reuter-Note Aufsehen erregt, die in den gestrigen Abendstunden veröffentlicht wurde und erklärt, es sei zu hoffen, daß eine genaue Prüfung der letzten englischen Note durch Frankreich zu einer Diskussionsbasis führen könnte. Die Reuter-Note behandelt die Frage, was England einschließlich des im Spezialabkommen festgesetzten Anteils von 22 Proz. an den deutschen Zahlungen von seinen Alliierten zu fordern habe und kommt auf einen Betrag von schätzungsweise 50 Milliarden Goldmark. Es bestehe also, wie auch schon in der französischen Presse, insbesondere im „Temps“, in letzter Zeit verschiedentlich ausgeführt wurde, nur eine Differenz von 3 Milliarden 200 Millionen Goldmark zu ungunsten der kontinentalen Alliierten Englands. Es ergebe sich also, wenn man davon absieht, daß Frankreich sich in den Dokumenten des kürzlich veröffentlichten Selbstbuchs nicht mehr wie bisher mit 26 Milliarden Goldmark begnügt, sondern seinen Anteil auf etwa 30 Milliarden erhöht, und wenn man die Forderungen Amerikas nicht in Betracht zieht, eine Annäherung des französischen Standpunktes zur Festsetzung einer Gesamt-reparationsziffer von etwa 53 Milliarden Goldmark, wobei England etwa auf 25 Proz. seiner gesamten Forderungen an die kontinentalen Alliierten verzichte.

Die Kandidatur Rakowskis für den Gesandtenposten in London ist zurückgezogen.

Dollar 2700000.

Am heutigen Börsenruhetag wurde der Dollar amtlich mit 2700000, Holland mit 1700000 und England mit 12400000 notiert. Im freien Verkehr sprach man etwas höhere Kurse, und zwar für den Dollar zwischen 3200000 bis 3300000 und für das Pfund 1400000. Die Reparierungen im amtlichen Verkehr waren etwas geringer als am Vortage. Der Bedarf an Devisen hat sich zu Einfuhrzwecken vergrößert. Am Effektenmarkt tritt das Ausland, wie bereits gestern, wieder mit Käufen auf. Zum anderen Teil sind die Effektenverkäufe zum Zweck der Steuerzahlung jetzt zum größten Teile beendet. Auch hofft man in Börsenkreisen auf ein Rotatorium der Regierung für die am 25. August zu zahlenden Steuern.

der rückgängig macht. Der Versuch ist unternommen worden, und auch diejenigen, die ihn nicht wollten, sehen ein, daß er jetzt solange fortgesetzt werden muß, bis ein Urteil über sein Gelingen oder Mißlingen möglich wird. Nach einiger Zeit aber werden die Anhänger der Partei fragen, was in der Koalition erreicht worden ist, und ergibt sich dann eine Enttäuschung, so wird das Drängen nach der Beendigung des Experiments unwiderstehlich werden. Bricht aber eines Tages die Koalitionsregierung auseinander, dann erhebt sich die Frage: „Was weiter?“

Man hat die große Koalition oft als die letzte Karte im Spiel bezeichnet. Wenn die große Koalition nicht hält, weiß niemand, wie sich die Dinge weiter gestalten sollen. Die große Koalition kann aber nur dann halten, wenn die Massen, die unter den jetzigen Umständen entsehrlich leiden, das Gefühl haben, daß wirklich alles getan wird, was möglich ist, um ihnen zu helfen.

Was der Sozialdemokratie den Eintritt in die große Koalition besonders schwer gemacht hat, war die Sorge, die Partei könnte in ihr ein bloßer Anhängel der Bürgerlichen werden. Wenn sich diese Sorge als unbegründet erweist, wenn der tatkräftige Einfluß der politischen Arbeitervertreter auf die Führung der Reichsgeschäfte bemerkbar wird, dann werden die früheren Gegner der Koalitionspolitik in der Sozialdemokratischen Partei zu ihren Anhängern werden. Im entgegengesetzten Fall aber werden sich umgekehrt die bisherigen Anhänger dieser Politik zu ihren entschiedenen Gegnern verwandeln.

Es liegt an den bürgerlichen Koalitionsparteien, diese Zusammenhänge richtig zu würdigen und daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen. Es war der Fehler der bürgerlichen Parteien, daß sie so oft in den letzten Jahren politische Notwendigkeiten zu spät erkannten, und daß sie infolgedessen zu spät und unter dem Druck der Not zu tun mußten, was mit kluger Voraussicht rechtzeitig und freiwillig getan, schweres Unheil hätte vermeiden können. Die nächste Zukunft muß zeigen, ob sie aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben. Davon hängt alles ab.

Der Judaslohn.

„Der größte Erfolg ist der, daß gegen den Willen der Gewerkschaften das erstmalig solche Aktion in Szene gesetzt werden konnte.“ (Der Referent auf der Versammlung der SPD-Betriebsräte.)

Die „Rote Fahne“ kann auch sehr schweigsam sein, wenn sie will. Ueber den Verlauf der stürmischen Versammlung der kommunistischen Betriebsräte bringt sie ebenfowenig, wie über die Debatte, die in der SPD, als Folge der Niederlage entstanden ist. Die ganze Heuchelei ihrer demagogischen Agitation wird jedem Arbeiter klar sein, wenn die „Fahne“ nur die Reden der kommunistischen Hauptlinge bringen würde. Daß man den Bonzen mal eins ausgewischt hat, mag vollauf der Stimmung des heulenden Jungen entsprechen, der sich freut, daß er sich die Finger erstickt, denn es geschieht seinem hartherzigen Vater ganz recht. Die Berliner Arbeiter wollten aber etwas anderes, als sich die Finger erfrieren. Sie wollten Geld. 10 Millionen forderte die menschenfreundliche „Fahne“. Weil die Hochbahner im Sinne dieser Parole der SPD-Zentrale Erfolge durchsetzten, beschimpft sie heftig: „Die Hochbahner haben sich den Judaslohn in die Hand drücken lassen“, und die Buchdrucker sind ihm widerlich, denn „sie waren nicht zu bewegen, am Kampfe teilzunehmen, weil ihnen ein Stundenlohn von 320 000 M. garantiert wurde“. So sieht der Kampf der Kommunisten aus. Einmal beteuern sie, daß sie nur der Not abhelfen wollen, auf der anderen Seite drohen sie den Arbeitern, die ihrer Agitation folgten, sich um ihre unbefristete Not kümmern. Einmal sind 10 Millionen die Mindestforderung eines jeden Arbeiters, das andere Mal „der Judaslohn“, mit dem die Kapitalisten die Arbeiter bestechen. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand. Nicht Besserung der Lage, sondern Wirrwort und Zusammenbruch ist das kommunistische Ziel.

Die Wackbürste.

Von Tebatscha.

Ich stand in einem kleinen Vorstadtladen, um mir einen Rasierpinsel zu kaufen. Vor mir war ein altes Mütterchen in den Baden gekommen, die eine Wackbürste kaufen wollte.

„Sie kostet 150 000 M.“, sagte ihr der Verkäufer.

Das Mütterchen schien gar nicht darauf zu hören, sondern suchte sich zwei von den Bürsten aus, die ihr mit 300 000 M. berechnet wurden.

„Ja, ja, dreihundert, dreihundert,“ sagte sie mir. Dann suchte sie lange in ihrem armseligen Beutelschen, bis sie einen Tausendmarktschein herausklaubte.

Sie legte ihn vorsichtig auf den Ladentisch.

„Da brauchen Sie aber noch viel Geld, Frauuchen, das sind erst tausend Mark.“

„Wozu muß ich denn noch herlegen?“

„Dreihunderttausend Mark, das ist erst eintausend.“

In dem Gehirn der Frau schien etwas nicht nachzukommen. Sie sah nur immer dem Geschäftsmann unruhig in die Augen, dann holte sie noch einen fünf-tausendmarktschein heraus und schob ihm achtstam zum Tausender.

„Nun müßte der Bürstenhändler doch lachen.“

„Zeigen Sie mir doch mal Ihr Beutelschen,“ meinte er. Sie reichte es ihm zögernd. Darauf stellte der Mann fest, daß ihr ganzer Reichtum nur 12 000 M. betrug in unzähligen Hundert-, Zwanzig-, Fünf- und Zehnmarktscheinen.

„Dafür bekommen Sie keine Bürste,“ sagte der Verkäufer. „Wovon leben Sie denn?“ fragte er dann.

„Ach, ich bekomme von meinen Schülern etwas, aber die verdienen ja auch so wenig. Dann gehe ich bei den Leuten ein bißchen essen.“

Die alte Frau hatte, das sahen wir klar, von Geld und den neuen Freisen keinen Schimmer. Mit ihren Scheinen im Beutelschen glaubte sie sich immer noch reich.

„So, dann können Sie bloß eine kaufen, und da langt es auch noch nicht.“

Die Frau machte ein unglückliches Gesicht.

„Haben Sie nicht eine billigere?“

„Nein — er dachte noch — „ich will Ihnen aber mal was sagen, hier nehmen Sie die eine Bürste, ich schenke sie Ihnen.“

Der Eindruck auf die Frau war gering.

„Ja, zweie hätt' ich doch nicht mehr kaputt gebürstet,“ meinte das Mütterchen nur.

Sie nahm das Geschenk, steckte die Geldscheine wieder zu sich und verließ das Geschäft.

„Tausend, tausend, dreitausend, hunderttausend,“ murmelte sie vor sich.

„Arbeitsbrüder.“

Kommunistische Kulturbringer.

Trotz aller Erfahrungen gibt es noch immer Parteigenossen, die die Kommunisten als eine ihnen nahestehende Gruppe im Klassenkampf ansehen und als ihre Arbeitsbrüder behandeln. Umgekehrt gilt es bei den Kommunisten als stillschweigend, von Sozialdemokraten etwa im Tone anständiger Menschen zu sprechen.

Als Beispiel, in welcher Tonart die kommunistische Presse über die Sozialdemokratie und ihre Vertreter zu sprechen pflegt, geben wir hier eine Blütenlese von Schimpfereien aus einer einzigen Nummer der „Roten Fahne“, nämlich der vom Donnerstag morgen:

„Die sozialdemokratische Bürokratie sieht überall an der Spitze des Racheheldzuges, leitet die Hand der Unternehmer, wählt die Opfer aus.“ „Sozialdemokratische Rameleuten“, „Sozialdemokratische Bürokratenorgane“, „Sozialdemokratische Dreckschalen“, „Schuttigkeit der Gewerkschaftsbürokratie und sozialdemokratischer Führer“, „Niederträchtige Hege, die der ‚Vorwärts‘ und die sozialdemokratischen Führer gegen die streikenden Arbeiter während und nach dem Generalstreik getrieben“, „Verräterische Reformisten“, „Das Zentralstreikbruchorgan der deutschen Sozialdemokratie“, „Dieses schamlose Organ mit den noch schamloseren Redakteuren“, „Schamlose Denunziation“, „Eine Partei, die von Streikbrechern und Denunzianten geführt wird“, „Der ‚Vorwärts‘ bläht sich auf wie ein Ochsenfrosch“, „Dolchschleifer aus der ‚Vorwärts‘-Redaktion“.

„Bei den wiederkehrenden Kämpfen werden die Arbeiter den reformistischen Denunzianten und Streikbrechern, aber auch den brutalen Unternehmern tausendfach vergelten.“ „Der ‚Vorwärts‘, der sich an dem bevorstehenden Elend weidet“, „Vorwärts-Schusterereien“, „Die Gewerkschaftsredakteure des ‚Vorwärts‘ sind genau die moralisch verlorbenen Kerle wie ihre Kollegen aus den anderen Ressorts, nur mit Schwindelstücken und Fälschungen glauben sie den schwindenden Einfluß unter der Arbeiterschaft zu halten“, „Schamlose Burschen in der ‚Vorwärts‘-Redaktion“, „Schuttige ‚Vorwärts‘-Redakteure“, usw. usw.

Die Liste ist nicht vollständig, aber wir denken, daß diese Auswahl aus einer einzigen Nummer des kommunistischen Blattes ausreichen wird, um ein Bild von der Gemütsverfassung der Paroleschreiber zu geben. Daß der „Vorwärts“ in dieser Richtung keinen Wettkampf mit der „Roten Fahne“ antreten will, werden unsere Leser begreifen. Wir legen Wert darauf, die großen Probleme der Gegenwart sachlich zu behandeln und die Interessen der Arbeiter sachlich zu fördern. Das Schimpfen und Brandmarken müssen wir den Kommunisten überlassen, die sich in Kraftworten überblähen und dann als verantwortlichen Redakteur Herrn Paul Frölich zeichnen lassen, der als Mitglied des Reichstags durch seine Immunität sich vor Belästigungsklagen schützen läßt. Die ihn von unserer Seite freilich auch ohne das erpart bleiben. Denn wer Recht angreift...

Ein Ruhebureau in London.

In London wurde dieser Tage ein „Britisches Bureau for Ruhr-Information“ gegründet. Der Plan dazu ging aus vom Genossen Charles R. Burton und seiner Frau, die der deutschen Arbeiterschaft wohlbekannt sind. Der Zweck des Bureaus ist, hervorragende englische Persönlichkeiten und Zeitungen mit authentischen Nachrichten über die Vorgänge im Ruhrgebiet zu versehen. Diese Ruhrinformationen sollen ferner auch nach Amerika gehen.

Schon vor mehreren Wochen, gelegentlich der Verhandlungen über die Schaffung wertbeständiger Bergarbeiterlöhne, wurde in einer Besprechung der Bergarbeiterführer des Ruhrgebietes im Preussischen Landtag auf die völlige Unzulänglichkeit der ausländischen Berichterstattung über die Ereignisse im Ruhrgebiet hingewiesen. Das Schalten und Walten des Besatzungsmilitarismus hatte auch für die fremden Korrespondenten das Leben im Ruhrgebiet allmählich unmöglich gemacht. Die Folge war, daß es in der Auslandspresse immer stiller wurde über die Zustände an der Ruhr. Die Bergarbeiterführer forderten, daß die Reichsregierung sich etwas mehr um diesen unhaltbaren Zustand kümmern sollte. Diese

Mahnung hat anscheinend wenig gefruchtet. Um so mehr ist jetzt die Gründung des Ruhrinformationsbureaus in London zu begrüßen.

Die Unruhe im Reich.

Magdeburg, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) In der Provinz Sachsen ist in vollem Umfange die Ruhe wieder hergestellt. Die Hoffnungen, welche die Kommunisten gerade auf diesen Teil Deutschlands gesetzt haben, sind elend gescheitert. Bis auf wenige Ausnahmen sind auch die Landarbeiter wieder zur Arbeit zurückgekehrt. Die Veränderungen auf den Feldern haben aufgehört; der Umfang der Felderarbeiten ist kaum noch größer als zu jeder Erntezeit. Bei den Industriearbeitern im Bezirk Magdeburg haben die Kommunisten mit ihrer Parole „Arbeiter- und Bauernregierung“ nur Spott und Hohn geerntet. So haben in der Stadt Magdeburg während der ganzen Tage in einem einzigen Betriebe von 1300 Mann nur 180 einige Stunden „Generalstreik“ gemacht. Von einer Gefahr kann in der Provinz Sachsen nicht mehr die Rede sein, es sei denn, daß die rechtsradikalen Selbstschutzorganisationen neue Unruhe in die Bevölkerung tragen. Seit Mittwoch ist in diesen Kreisen und auch im Landbau eine Tätigkeit zu beobachten, die den Behörden zu ernsthaften Beruhigungen Anlaß geben sollte.

Halle a. S., 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Gestern fand im „Volkspark“ die Versammlung der mitteldeutschen Betriebsräte über Fortsetzung oder Abbruch des Streiks statt. Die SPD war offiziell auf diesem Kongress nicht vertreten, da die Führung der Streikenden bereits an die KPD und Unionisten übergegangen ist. Die radikalsten Elemente der mitteldeutschen Arbeiterschaft sind der KPD vollkommen entgittert. Die KPD selbst hat zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. In Halle wird teils gearbeitet, teils gestreikt, doch ist mit der restlosen Wiederaufnahme der Arbeit für morgen früh zu rechnen. Die heute früh zur Arbeit Gegangenen wurden zum Teil von den Unternehmern abgewiesen. Die Bergarbeiter Mitteldeutschlands arbeiten in familiären Kreisen, mit Ausnahme des Zeh-Weissenfelder Bezirkes. Im Zeiger Bezirk will man erst morgen nach Beerdigung der Todesopfer mit der Wiederaufnahme beginnen. Im Bitterfelder Bezirk wird ab heute vollständig gearbeitet. Der Generalstreik kann in Mitteldeutschland als beendet betrachtet werden. Der Sprecher der mitteldeutschen Betriebsräte erklärte gestern in einer Betriebsrätekonferenz folgendes: „Wir sind dem Einfluß der Sozialdemokraten unterlegen. Die SPD-Presse hat uns großen Schaden zugefügt. Der Kampf muß abgebrochen und später erneut wieder aufgenommen werden.“

Köln, 15. August. (Eca.) In Köln ist es heute in mehreren Industrieorten erneut zu Unruhen gekommen. In Ehrenfeld und bei der Humboldt Maschinenbau-Anstalt haben die Arbeiter neuerdings demonstriert. Bei dieser Gelegenheit haben sich ihnen zum Teil auch die Angestellten angeschlossen. Es ist wieder mehrfach zu Tätlichkeiten gegen die Direktion gekommen. In den Abendstunden wurde jedoch eine Einigung erzielt. Bei den Farbenfabriken vorm. Fr. Bayer kam es zu schweren Ausschreitungen, bei denen 14 Beamte teils schwer verletzt wurden. Die Demonstrationen besetzten den Fabrikingang und bemächtigten sich auch des Feuerlöschgerätes, so daß große Gefahr für die Sicherheit des Unternehmens bestand. Die Fabrikleitung hat daraufhin alle Arbeiter ausgeperrt, will aber am Freitag mit den Arbeitern, die sich nicht an der Demonstration beteiligt haben, die Arbeit wieder aufnehmen. Die Verwaltung erklärt jedoch, daß die großen Neubauten, die sie in Angriff genommen hatte, nicht weitergeführt werden können.

Nachen, 15. August. (Eca.) In Nachen ist es gestern und heute erneut zu schweren Plünderungen gekommen. Bei einem Zusammenstoß wurde ein Demonstrant durch Kopfschuß getötet. Mehrere Personen wurden leicht verletzt. Die Händler wurden vor den Läden der Stadt zum größten Teil ihrer Ware beraubt, und die Ernährung der Stadt ist gefährdet. In den Mittagsstunden ist die Lage sehr kritisch geworden. Fast alle Lebensmittelgeschäfte sind geplündert. Man hört, daß die Massen sich nunmehr in die Bienenorte begeben wollen, um dort in die Wohnungen einzudringen.

Form viel mehr enthält von Wesen deutscher Kunst und deutscher Art als die Werke der Gemäldesammlungen und Bildwerkeausstellungen. Denn nicht nur der Augenblick der Eingebung ist hier bewahrt, die Eingebung rinnt auch viel leichter und glücklicher in die Feder oder den Stift als in das Handwerk des Malers oder Schnitzers, denn graphisches Schaffen ist von Anfang an der Linienstrengen deutscher Wesensart aufs engste verbunden.

Deutsches graphisches Schaffen von heute zeigt der andere Ausstellungsjahr des Kupferstichkabinetts mit den neuen Erwerbungen.

„Ist das Telephon ein Krankheitsverbreiter? Die Dittrobenfurcht, die heute die Menschheit hebert, hat in erster Reihe den Telephonapparat dahin verdächtigt, daß er der Verbreitung von Krankheitskeimen Vorhub leihe. Die britische Postverwaltung hatte, um diese Ängste, seit Jahren immer wieder laut gemordenen Befürchtungen zu zerstreuen, eine Reihe von Untersuchungen angeordnet, die dem Zweck dienen sollten, einmal einwandfrei festzustellen, ob der Fernsprecher wirklich das Mitbräuen, das nach dieser Richtung besteht, rechtfertigt. Da man vom Standpunkt der Hygiene vor allem den Bormwurf erhebt, daß der Sprechtrichter den Menschen mit der Gefahr der Uebermittlung von Krankheitskeimen der Luftwege bedrohe, so wurden gerade nach dieser Richtung Versuche an Kanarienvögeln und Meerfischechen angestellt. Die bakteriologische Untersuchung erbrachte indessen einen durchaus negativen Beweis. Um ganz sicher zu gehen, schritt man dann dazu, die Fernsprechanlagen in einem Sanatorium für Augenkranken, die ausschließlich von Patienten des Hauses benutzt wurden, abzuwaschen und die Richtigkeit der Desinfektion einzuprüfen. Aber auch in diesem Fall ergab sich die völlige Unschädlichkeit der Apparate. Da die Untersuchungen von einem der bekanntesten Londoner Bakteriologen ausgeführt wurden, so besteht an ihrer Zuverlässigkeit kein Zweifel.“

„Jugend und Bühne.“ Die vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht für den 8. bis 8. September d. J. geplante Tagung „Jugend und Bühne“ kann unter dem Druck der gegenwärtigen Lage nicht stattfinden. Die geplanten Besprechungen werden verschoben. Die vorgesehenen Referate werden in Buchform veröffentlicht.

Professor Ferruccio Busoni hat seine Unterrichtstätigkeit als Vorkämpfer einer Reihenschule für musikalische Kompositionen bei der Akademie der Künste wieder aufgenommen.

Alexander Moissi gastiert zurzeit im Nationaltheater zu Christiania als „Nedermann“ und als „Fiedla“ im „Lebenden Leinwand“. Uebereinstimmend gerühmt wird in der Presse die heuchelische Gleichgültigkeit des Künstlers, sein ergreifendes, edel menschliches und überzeugendes Spiel, sowie seine als Register umfassende sprachliche Virtuosität werden besonders hervorgehoben.

Dichtervereid. Der von der Gesellschaft der Kammermusikanten Brandt-Jacobs ausgeschriebene Dichtervereid (5 Dollar) wurde dem Dichter Albert Falck zuerkannt.

England hat Geld für die Volksbildung. Das Vereinigte Königreich hat für das öffentliche Unterrichtswesen mehr Geld aus als für Deutschland. Der Gesamtbauhaushalt für den öffentlichen Unterricht beträgt im laufenden Jahr 87 Millionen Sterling, d. h. es ist um 20 Millionen höher als der Etat für das Meer und um 24 Millionen höher als der Reichetat. Seit 1914 haben sich die Gehälter der Lehrer verdoppelt, in einigen Fällen sogar verdreifacht.

Wir haben ihr bekümmert nach und sprachen lange kein Wort zusammen. Jeder von uns hatte das Gefühl, wieviel mögen wohl von diesen armen alten Beuten vorhanden sein, die der heutigen Zeit völlig fremd gegenüberstehen, sich gar nicht hineinenden können.

Und die vielen anderen, die zwar geistig zu folgen in der Lage sind, aber vergebens in ihren Beutelschen und Taschen suchen?

Ausstellung altdeutscher Zeichnungen im Berliner Museum. Das Kupferstichkabinett eröffnete gestern eine neue Ausstellung. Sie stellt in dem einen Saale zusammen, was die Sammlung an Handzeichnungen der bedeutendsten deutschen Zeitgenossen Dürers besitzt. Es fehlt der Schatz an gezeichneten Werken Dürers selbst, den die Mappen des Kabinetts verwahren. Es fehlt die Zentralzone, die dem besten deutschen Schaffens im Beginn des 16. Jahrhunderts ihr Licht gab. Unter den von Dürer neu beeinflussten Meistern kann das Berliner Museum den Matthiäus Brünemwald mit 4 seiner hervorragendsten Blätter vorweisen, die voll sind von der Dämonie und dem unvergleichlichen Pathos des aus Handwerksbänden zu eigener Meisterschaft emporstrebenden Malers. Neben ihm erscheint alles klein: selbst die besten malerischen Entwürfe der Augsburger vom Schlege des Buralmaier oder des für Glasbilder und Holzschnitte zeichnenden Brey, des kunstgewerblichen Hapfer. Eher behauptet sich die landschaftliche Derbheit der Schweizer, der leidenschaftlich zupackende Graf, der sinnlich löstige, erkinerlich hochbegabte Ransel Deutsch und nicht nur durch seinen Rufenshalt in Basel mit ihnen verbunden, der einigste deutsche Meister wahrhaftiger Renaissance, Holbein der Sohn. Die stimmungsvollen Künstler des Danaugebietes können in Berlin wie kaum irgendwo anders kennengelernt werden: aus Regensburg Altdorfer, der Schilderer aller Vertraulichkeit deutscher Landschaft und deutscher Menschen, und in Passau Wolf Huber, in seinen Entwürfen zu zeitloser Gewalt materischer Phantasie bisweilen aufsteigend. Aus demselben Kreise entdickelt sich Lucas Cranach von den geheimnisvoll wuchrigen Schöpfungen seiner Frühkunst bis zu den eigentümlich neugotischen Leistungen seiner Wittenberger Zeit. In der engeren Umwelt Dürers selbst lernt man Hans Balduna kennen, dessen wüßiges Temperament damals ein anderes Ende erwartete, ließ als die gedrehten und überladenen Zeichnungen seiner Strahburger Spitzzügler bringen. Auch Schüsslelein ist in den Entwürfen seiner Nürnberger Jugend glücklicher als in den Jahren, wo er als wohlhabender Stadtmaler von Rüdlingen mehr Aufträge hatte, als seiner nicht gerade erfinderischen Art zuträglich war. Das feine Talent des Hans von Kulmbach hat sich trotz unmittelbarer Hilfe Dürers in Nürnberg nicht recht entfalten können.

Das sind die Meister. Von ihnen ist alles da, was nur ein deutscher Zeichner schaffen kann. Aquarelle deutscher Landschaft vom Rhein und von der Donau, die unverfälschte Art heimischer Erde als Erlebnis. Bildnisse deutscher Männer und Frauen, einfach und voller Würde, ein wahrhaftes und denkendes, kernsundes Geschlecht. Entwürfe zu Märchen. Schilderungen aus dem Volksleben einer Zeit, deren Natürlichkeit zwischen Rohheit und der neuen Bildung sich schwer zurecht fand. Erste geniale Skizzen und ausgeführte Blätter, Blätter, deren abgerundete

Tyrannis der Papierbarone.

Nach mancherlei Bemühungen des Wirtschaftsministeriums war es gelungen, für den Monat August zwischen den Papierfabrikanten und den Verlegern einen festen Preis zu vereinbaren, der trotz Wertberichtigung und Steigerung der Löhne und Kohlenpreise durchgehalten werden sollte. Gegenüber der Steigerung des Papierpreises von 7600 auf 55 000 M. für 1 Kilogramm sollte die Verleger wenigstens diesen Vorteil buchen. Die Papiermagnaten, die doch aus den früher viel billiger gefahten Rohstoffen fabrizieren, glaubten, den Verlegern entgegenkommen zu können.

Wie das Entgegenkommen jedoch in der Praxis aussieht, das mögen die vergangenen 14 Tage lehren. Man ist nicht nur rücksichtslos bei der Anzahlung und der Entgegennahme der Wechselverbindungen vorgegangen — mancher Verleger mußte schließen —, man versucht jetzt, kleinere eingetretene Hemmungen im Wirtschaftsleben dazu zu benutzen, um von der Lieferungsspflicht im Monat August möglichst frei zu kommen. Erst vor einigen Tagen wurde von den Papierfabrikanten ein Rundschreiben versandt, worin gesagt wurde, daß diese und jene Papierfabrik entweder keine Kohlenzufuhr habe, oder daß sie befreit werde, oder daß sie — die reichste Industrie! — keine Gelder zur Lohnzahlung habe, und daß deshalb die fälligen Papierlieferungen in Gefahr geraten. Man zählt einige Fabriken auf und glaubt damit den Nachweis der Produktionshemmung für alle Papierfabriken gebracht zu haben. Die Grundförmung ist: wir haben euch das Papier viel zu billig abgegeben, dafür werden wir euch die Lieferungen beschneiden und un bequem machen, damit ihr ja unsere Macht fühlt.

Täglich gehen dem Parteivorstand Beschwerden zu, daß die Fabriken nicht liefern. Unsere Parteibetriebe sollen noch Lieferungen aus dem Monat Juli erhalten. Nur Notgedrungen werden einige beliefert. Schlimmer ist es mit den Augustlieferungen. Wenn die Sachlage so weiter geht, dann wird sich, das Wirtschaftsministerium um diese Angelegenheit sehr eingehend kümmern müssen. Jedenfalls sind wir nicht gewillt, die Fabrikanten von ihren eingegangenen Verpflichtungen zu lösen. Sie produzierten im Juli — lieferten jedoch nicht; sie produzieren noch heute in gleichem Umfange — und fabrizieren die Lieferungen, trotzdem die Mengenzuteilung erheblich beschnitten ist.

Alles geht darauf hinaus, dem nach Ansicht der Papierkapitalisten jetzt „viel zu niedrigen Preise“ durch Nichtlieferung zu entgehen und, um reine Bahn zu machen, die Goldmarkzahlung durchzubrühen. Schon heute muß der Verleger eines Gemerkschaftsblattes sein Papier in Gold bezahlen, und zwar mit 23,5 Bf. (Friedenspreis 21 Bf.). Das ist Zwang und Uebung des Sogndates.

Was in den Kreisen unserer Parteigeschäfte besonders aufreizend wirkt, ist die Beobachtung, daß man unsere Parteizeitungen offensichtlich am ehesten zu treffen versucht. Sollte das wirklich der Fall sein, so müssen wir vom Reich verlangen, daß es derartige wirtschaftliche Benachteiligungen verhindert.

Wie schwer übrigens ein solches Vorgehen der Papierfabriken wirken kann, erfährt man an der Nichtlieferung durch die Fabrik Reichsholz im besetzten Gebiet. Einmal kann sie nicht liefern, weil sie keinen Zellstoff hat, dann, weil er noch nicht angefahren ist, dann, weil ein Streik ausgebrochen sei und so geht es weiter, bis dann der Monat August herum und damit die Verpflichtung erledigt ist. Die Verleger im besetzten Gebiet sind bald ohne Papier. So erschwert man die Reichspolitik durch nackten Unternehmertum. Dabei hat die Fabrik etwa 70 Waggon Papier versandbereit stehen!

Langsame Finanzgebarung.

Man schreibt uns:

Die Abschlagszahlungen an die Angestellten der Staatsbetriebe, deren Höhe wöchentlich in Verhandlungen der Spitzenorganisationen mit dem Finanzminister festgelegt wird, gelangen viel zu spät in die Hände der Empfänger. In der verflochtenen Woche zum Beispiel hatte der Finanzminister zugesagt, daß die Abschlagszahlungen sofort und nicht erst am 15. August ausgezahlt werden sollten. Trotzdem erhielten die Angestellten das Geld nicht am 15. August, das heißt sechs Tage später. Daß die Angestellten über diese Langsamkeit der Zahlung, die eine Entwertung des Geldes fast um die Hälfte zur Folge hat, entrüstet sind, ist begreiflich. Neuerdings wird nun das Resultat der Verhandlungen der Spitzenorganisationen des Finanzministers im Amtsbüro veröffentlicht. Dieser Weg ist infolge seiner Langsamkeit durchaus abzulehnen. Das Finanzministerium sollte sofort nach Abschluß der Verhandlungen das Resultat durch M.B. bekanntgeben, und diese Bekanntmachung müßte für alle Kasien der Staatsbetriebe als offizielle Anweisung zur Zahlung gelten und die sofortige Auszahlung der jeweils bewilligten Abschlagszahlung bewirken.

Die Entspannung in Deutschland.

Ein englisches Urteil.

London, 16. August. (M.B.) Der Berliner Berichterstatter der „Times“ schreibt, die neue deutsche Regierung habe bis zu einem gewissen Grade bereits den Lohn für ihre Versprechungen gemindert; denn die Lage habe sich deutlich gebessert. Nicht nur die deutsche Währung habe sich erholt, sondern es sei auch ein Gefühl des Vertrauens vorhanden. Dies sei wahrscheinlich eine Widerspiegelung der günstigen Aufnahme, welche das neue deutsche Kabinett im Ausland gefunden habe. Der Geist der Unzufriedenheit, der während der letzten Tage so offenbar gewesen sei, habe sich gelegt in der Erwartung, daß es der Regierung mit ihren Bemühungen um eine dauernde Verbesserung ernst sei.

Amtliche Devisenkurse.

	16. August		15. August	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs
1 holländ. Gulden	1067825.—	1072675.—	1067825.—	1072675.—
1 argent. Pap.-Peso	857725.—	892225.—	887775.—	892225.—
1 belgischer Franc	123696.—	124310.—	123690.—	124310.—
1 norweg. Krone	452885.—	455185.—	452885.—	455185.—
1 dänische Krone	502740.—	503260.—	502740.—	503260.—
1 schwedische Krone	822190.—	825310.—	722190.—	725310.—
1 finnische Mark	75811.—	75880.—	75811.—	75880.—
1 japanischer Yen	1286750.—	1303250.—	1286750.—	1303250.—
1 italienische Lire	116707.00	117292.50	116707.—	117293.—
1 Pfund Sterling	12369000.—	12431000.—	12369000.—	12431000.—
1 Dollar	2693250.—	2760750.—	2693250.—	2760750.—
1 französ. Franc	149325.—	150375.—	141625.—	150875.—
1 brasilian. Milreis	264338.50	265662.50	264337.50	265662.50
1 Schweizer Franc	493762.50	496238.50	493762.50	496237.50
1 spanische Pesta	399075.—	370925.—	389075.—	363562.50
100 österr. Kr. (geft.)	3590.—	3610.—	3590.—	3610.—
1 schweid. Krone	50797.—	51203.—	50797.—	51203.—
1 ungarische Krone	147.63	148.37	147.63	148.37
1 bulgarische Lema	21546.—	21634.—	21546.—	21634.—
1 jugoslaw. Dinar	28428.—	28572.—	28428.—	28572.—

Im Traglastenabteil.

„Was haben Sie da zu suchen, wenn Sie keine größere Traglast bei sich führen? Draußen neben der Abteiltür steht doch mit schwarzen Buchstaben auf gelbem Grunde groß und deutlich: „Für Reisende mit Traglasten.“ Oder halten Sie etwa Ihre Koffer, Ihre Spazierstöcke, die Obstkörbe für eine Traglast? Wo, Sie sind die Treppe hinaufgestiegen, als der Zug gerade abfahren wollte, und sind in höchster Eile, ohne darauf zu achten, mit tüppem Sack in das ominöse Abteil mit den österreichischen Landesfarben gesprungen, weil der Traglastenwaggon immer ausgerechnet dicht bei der Bahnhofsperre hält. Und nun werden Sie, wenn die richtige Gesellschaft beisammen und das Abteil schon mit Kisten, Koffern, Säcken, Körben und dampfenden Menschenleibern angefüllt ist, nicht mit zärtlichen Worten begrüßt. Es kann Ihnen sogar passieren, daß man Ihnen, wenn Sie nicht ein Entschuldigungsgestammel finden, die Faust unter die ehrenwerte Nase hält und Sie auf der nächsten Station ziemlich unanständig aus dem Abteil, in das Ihr traglastenfreier Korpus nicht hineingehört, hinausbugsiert. Oder Sie haben auf einer der ersten Stationen das Traglastenabteil fast leer gefunden. Menschenkind, das schützt Sie nicht gegen rauhe Vorfälle. Sie müssen doch wissen, daß in den Hauptverkehrsstunden die Reisenden auf den mittleren Stationen haufenweise mit Traglasten stehen. Hand aufs Herz! Haben Sie noch nie Krach geschlagen oder mindestens den Gesichtserker gerümpelt, wenn ein Rötterchen oder eine Bandfrau mit der Kette sich in ein für Ihren Spazierstock und Ihren Regenschirm reserviertes Abteil verirrt? Da sind Sie mimosenhaft empfindlich und verlieren schnell die Ruhe, die man heutzutage auch in wenig angenehmen Situationen behalten soll.“

Der Krach in den Traglastenabteilen scheint in Germanenz erkrankt zu sein. Es ist schon genug, wenn die Fahrgäste mit Traglasten sich gegenseitig Liebeswürdigkeiten an den Kopf werfen, die nicht in Knigges Umgang mit Menschen zu finden sind. Wozu da die Berührung steigern durch unfünftiges Eindringen in ihr auf wenige Quadratmeter beschränktes Reich? Ist das ganze Traglastenabteil mit Allentöschchen-Fahrgästen besetzt. Da kann auch der Ruhigste und Geduldigste, der nach für seine Zentnerlast sucht, aus der Haut fahren. Das muß anders werden. Es fehlt auch an Rücksicht der Traglastenreisenden untereinander. Die Reichsbahnverwaltung hat jetzt die Mitnahme von Lumpenkorben, Knochen und sonstigen überflüssigen Gegenständen verboten. Man hat auch schon Rücksicht gesehen, aus denen Tierblut tropfte und auf die Kleider der Mitreisenden fiel.

Millionenpreise auf dem Fleischmarkt.

Auslandsware billiger als Inlandsfleisch.

Im Gegensatz zu allen anderen Lebensmitteln, die in den letzten Tagen infolge der Besserung der Markt im Preise gesunken sind, haben die Preise für inländisches Fleisch geradezu einen Anstieg erreicht. In Berlin kostete heute Rind- und Hammelfleisch über eine Million Mark, und Schweinefleisch war nur eine Kleinigkeit billiger.

Von untrübsamer Seite erfahren wir hierzu, daß an dieser neuen Hauße für Fleisch und Wurstwaren in erster Reihe der geringe Auftrieb schuld ist, der auf den letzten Märkten herrschte. Die Landwirte verkaufen jetzt in der Gegend überhaupt nicht und warteten vor allem die weitere Gestaltung der wirtschaftlichen Lage ab, um die für ihr Vieh erzielten Kapitalien wertbeständig anlegen zu können. Demgegenüber wird aber von den Schlächtermästern betont, daß die Berliner Bevölkerung nur zu wenig von dem auf dem Markt reichlich vorhandenen Geflügel, Fleisch Gebrauch mache. Gegenwärtig ist Berlin für etwa 14 Tage mit erstklassigem dänischem und argentinischen Geflügelfleisch versorgt, das von hervorragender Qualität sei und genau die Hälfte des deutschen Fleisches koste.

Von anderer Seite wird uns berichtet, daß die heutigen Fleischpreise in der Zentralmarkthalle sich zwischen 800 000 und 1 200 000 M. bewegten. Ueber Nacht ist daher eine Durchschnittserhöhung von 300 000 M. eingetreten. Auch der Fettmarkt weist wieder anziehende Preise auf. Am gestrigen Tage zahlte man noch für ein Pfund Schmalz ungefähr 480 000 bis 540 000 M. Nach 24 Stunden sah das Bild schon wesentlich verändert aus. Wie wir erfahren, kostete im heutigen Engrosmarkt das Schmalz bereits 560 000 M. und noch mehr. Die Kleinhandelspreise bewegten sich augenblicklich zwischen 500 000 und 550 000 M., doch dürften die nächsten Stunden schon auf Grund der erhöhten Großhandelspreise neue Steigerungen bringen. Bei der Margarine sieht es ähnlich aus. Im Kleinverkauf kostete sie 400 000 bis 600 000 M., doch wird auch hier mit einer allgemeinen starken Preiserhöhung gerechnet. Naturbutter, die in letzter Zeit zu den verhältnismäßig billigsten gezählt wurde, kam in der Zentralmarkthalle in kleineren Mengen zum Verkauf. Eine Million Mark lautete wieder der Festhandelspreis. Mehl- und Hülsenfrüchte sind bis zur Stunde von einer Preissteigerung verschont geblieben. Die sich die Dinge hier entwickeln werden, ist schwer zu sagen. Dagegen macht der Obst- und Gemüsemarkt die Sprünge lustig mit. Grüne Bohnen werden jeden Tag teurer und kosteten heute bereits über 200 000 M. und Stachelbeeren bis 100 000 M.

Verbilligung des marktfreien Brotes.

Der Zweckerbund Berliner Bäckermeister teilt mit, daß mit sofortiger Wirkung vom Freitag, den 17. August ab, infolge Rückgang des Mehlprieises, der Preis für das marktfreie Brot von 240 000 auf 200 000 M. und für die Schrippe von 12 000 auf 11 000 M. herabgesetzt wird.

Vor der Schließung der Privatbadeanstalten.

Die infolge des Krieges außerordentlich prekären Wirtschaftsverhältnisse bedingen, daß von den rund 150 Berliner Privatbadeanstalten des Jahres 1914 über 100 ihre Pforten für immer schließen müßten. Nunmehr müssen auch die noch bestehenden etwa 40 Badeanstalten Groß-Berlins gleichfalls den Betrieb einstellen. Eine Versammlung der Badeanstaltsbesitzer faßte einstimmig den Beschluß, die Betriebe ab 20. d. M. zu schließen. Die anwesenden Arbeitnehmervertreter haben sich diesem Beschluß, der gleichsam als Protest gegen die ungeheuerliche Teuerung aller für die Badeanstalten notwendigen Bedarfsartikel gedacht ist, angeschlossen. Die Gründe für diesen folgenschweren Beschluß sind in erster Linie in den ungeheuren Kohlenpreisen zu suchen. Beispielsweise muß für Gaslots, der früher pro Zentner 1,25 M. kostete, gegenwärtig ein Preis von 2 281 000 M. gezahlt werden. Weiter, die von dem Kriege mit 90 Pf. bezahlt wurden, sollen heute 949 000 M. Tiele Preise bedeuten, bei Anwendung der Goldwährung als Maßstab, fast das vierfache der Vorkriegspreise. Ähnlich wucherische Preise müssen für die medizinischen Bäderzölle gezahlt werden. Bei gewissenhafter Beachtung der veranschlagten Beiträge für Kohle, Wärme, Reinigung, Miete und Lohn ergibt sich für ein gewöhnliches Bannbad ein Preis von zirka 200 000 M. Ein medizinisches Bad kommt auf einen Preis von ungefähr 240 000 M. zu stehen. Der Preis für ein Massagebad dürfte sich, bei Beachtung der Preise für die oben erwähnten Bedarfsartikel, auf ungefähr 325 000 M. belaufen. Die tatsächlichen Preise, die von den badenden Publikum erhoben werden, betragen aber nur ungefähr die Hälfte der Beträge, die sich auf Grund der Kalkulation ergeben. Die Krankenkassen als Hauptabnehmer der medizinischen Bäder zahlen für ein Bad nur einen Betrag von 61 165,20 M. Die Feststellung dieser Tatsache soll kein Vorwurf gegenüber der Krankenkassen bedeuten. Bemerkenswert ist nur, daß die Krankenkassen die den Badeanstalten geschuldeten Beträge stets mit einer starken Verzögerung erstaten.

Immerhin bleibt ausschlaggebend für die Existenz der Badeanstalten die Kohlenpreisfrage. Die Badeanstaltsbesitzer sowie auch die Arbeitnehmer sind der Auffassung, daß bei Anwendung des Reichsindex eine Verbilligung der Brennstoffe eintreten würde, durch die die Existenzmöglichkeit gegeben wäre. Es wird erwartet, daß die Reichsregierung sich der Angelegenheit in der nötigen Weise annimmt und Maßnahmen trifft, noch ehe die Wirkungen des Beschlusses sich bemerkbar machen. Um so mehr, als die städtischen Badeanstalten durchaus nicht in der Lage sind, dem Reinheitsbedürfnis der Berliner Bürger in dem erforderlichen Umfange gerecht zu werden.

Feuergeschehen mit Haserdieben.

Eine Person getötet, zwei schwer verletzt.

Zu einer folgenschweren Schießerei mit Felddieben kam es in der vergangenen Nacht in Buch. Dort bemerkte der Gutspächter Karl Witte aus der Reckestraße 20 zu Buch abends drei Personen, die sich in einem Haserfeld an der Carcer Chaussee zu schaffen machten. Er setzte sich mit zwei Wächtern der Städtischen Zentrale Buch in Verbindung und als er mit diesen in der Nähe des Feldes angekommen war, sah er, daß die Personen damit beschäftigt waren, Hasergerben zu stechen. Als die Diebe sich beobachtet sahen, griffen sie zur Waffe und feuerten auf Witte und die beiden Wächter. Da nur letzterer über eine Schußwaffe verfügte, erwiderte er das Feuer und so entwickelte sich eine regelrechte Schießerei. Witte erhielt zwei Schüsse. Obwohl er schwer verwundet zu Boden stürzte, feuerte er weiter und machte noch zwei Personen unfähig. Durch die Schießerei waren Polizeibeamte aufmerksam geworden und als diese herbeieilten, fanden sie einen der Diebe tot neben dem Fuhrwerk liegen. Es war der 28 Jahre alte Arbeiter Dominikus Bosenner, der durch einen Brustschuß getötet worden war. Ferner wurden der 50 Jahre alte Arbeiter Emil Johannes aus der Steiner Straße 36 und dessen Ehefrau festgenommen. Johannes hatte eine Schußverletzung im linken Oberarm durch einen Schuß aus dem Fuhrwerk. Der schwerverletzte Gutspächter Witte wurde nach dem Gensdarmheim in Buch gebracht.

Die fehlenden Wochenfahrten der Straßenbahn.

Wir werden von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht, daß die Straßenbahn es ablehnt, für die infolge des Streiks am Sonnabend ausgefallenen zwei Wochenfahrten der Bodenkarreninhaber irgendeinen Ersatz zu leisten. Auf den Hinweis, daß dazu eine rechtliche Verpflichtung vorliegt, soll die Straßenbahnleitung erwidert haben, es trone „keine Schuld an dem Streik“ und sei infolgedessen nicht verpflichtet, Ersatz zu leisten — ein Standpunkt, der den geschädigten Bodenkarreninhabern, die doch auch keine Schuld an dem Streik tragen, berechtigterweise etwas sonderbar vorkommt. Die Straßenbahn verkauft mit der Wochenkarte 12 Einzelfahrten. Wenn sie aus irgendeinem Grunde in der einen Woche nur zehn zu erfüllen imstande ist, muß sie selbstverständlich die fehlende Leistung von zwei Fahrten in der nächsten Woche nachtragen.

Erhöhung der Sozial- und Kleinrentenunterstützung.

Der Sozialpolitische und der Haushaltsausschuß des Reichstages haben beschlossen, daß den Sozialrentnern von den Gemeinden für die Zeit vom 1. Juli bis 15. August 1923 eine Nachzahlung auf die nach Maßgabe der Verordnung über die Erhöhung der Unterstützung für Rentempfangler der Invaliden- und Angestelltenversicherung vom 29. Juni 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 559) gewährten Bezüge zu leisten ist. Hierbei ist für die genannte Zeit ein Gesamteinkommen von 7 540 000 M. für den Empfänger einer Invaliden- oder Altersrente zugrunde zu legen. Für Witwenrenten gelten 60 Proz., für Waisenrenten 50 Proz. dieses Betrages. Der Zuschlag für Kinder und eheerlosere Entel unter 15 Jahren, deren Unterhalt der Rentempfangler ganz oder überwiegend bestreitet und für erwerbsunfähige unterstützungsberechtigte Ehegatten beträgt 20 Proz. Für Orte des besetzten Gebiets, des Einbruchgebiets und für die ihnen gleichgestellten Bezirke werden die genannten Geldbeträge um fünfundsiebenzig vom Hundert erhöht. Eine weitere neue Regelung der Unterstützungen wird vom 16. August ab bestimmt werden.

Aus der Sommerfrische ins Rittchen.

Ein jahes Ende nahm die Vergnügungsfahrt eines Niesens aus Berlin in der Sommerfrische zu Driesen an der Nege. In der Nacht vom 23. a. M. wurde in dem Kabaretttheater Kamée am Kurfürstendamm ein großer Einbruch verübt. Im Bureau war ein Schreibtisch erbrochen und seines Inhalts beraubt. Auch wertvolle Theatergarderobe und dergleichen war verschwunden. Der Schaden betrug über 150 Millionen Mark, vor 14 Tagen immerhin noch eine ansehnliche Summe. Der Verdacht fiel auf die Sekretärin des Theaters, Wally Ehrhardt, und ihren Geliebten, einen 29 Jahre alten Kaufmann John Bömann. Der erst kurz vorher aus dem Gefängnis in Wismar entlassen worden war. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß das Mädchen nach Hamburg oder einem Ostseeort abgedampft war. Kriminalkommissar Ziegler verfolgte die Spuren und benachrichtigte alle Polizeiverwaltungen. So kam der Einbruch auch zur Kenntnis der Behörde von Driesen. Hier hatte sich ein Värchen, das in der Sommerfrische weilt und auf großem Fuße steht, bereits aufgefalten bemerkbar gemacht. Die Ortsbehörde sah es sich auf Grund der Ausföhrung der Berliner Kriminalpolizei sehr genau an, erkannte in ihm Fräulein Ehrhardt und John Bömann und nahm beide fest.

Erhöhung der Drohschulden.

Die Tage für die Pferde drohschulden ist auf das 400 000fache und für Kraft drohschulden auf das 600 000fache des angezeigten Fahrpreises erhöht worden. Ein schwerer Unglücksfall wurde am Sonntag wieder einmal durch das Spielen mit einer Schußwaffe herbeigeführt. Im Hause Göttinger Straße 6 beschloß sich in der Wohnung eines Vollziehungsbeamten drei junge etwa 20jährige Herren. Nachmittags um 14 Uhr wurden die Hausbewohner plötzlich durch einen Schuß erschreckt. Kurze Zeit darauf wurde ein junger Mann, der einzige Sohn einer Predigerwitwe, schwer verwundet mit einem Krankenauto nach einem Krankenhaus geschafft, wo er an einem Schuß durch den Hals und die Wirbelsäule bedenklich danieder liegt.

Königliches: Wir erhalten folgende Zuschrift: Bis Bernau bei Berlin scheint die am 9. November 1918 erlassene Staatsumwälzung noch nicht gedungen zu sein, denn auf dem Bahnhof erhielt ich am 14. August 1923 noch eine Schnellzugzuschlagskarte, die mit dem Tiefdruckstempel Königlich Preussische Eisenbahn-Direktion versehen war.

Das Fest der goldenen Hochzeit feiert am 17. August der Schloffer Carl Schubert, Berlin, Goldmann Str. 79. Herr Schubert, der noch heute mit seinen 74 Jahren in der Welt steht, hat im Jahr 1848, also 75 Jahre alt 40 Jahre, ununterbrochen Vormärkler.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Kaffierer! Die noch fehlenden Beitragsmarken für August zu 2500 M. und 1000 M. zum nachstehen sind schon im Bureau eingetroffen. — Die Kaffierer werden gebeten, diese Marken in gehöriger Anzahl abzugeben oder anzufordern. Die Postämterkonten zum 8. August 1923 hat außerdem befristet, für freiwillige Extrabeiträge besondere Marken zum Preise von 25 000, 50 000 und 100 000 M. herauszugeben. — Auch diese Marken sind jetzt erhältlich, und die Kaffierer werden ersucht, regen Gebrauch davon zu machen. S. K. Mey Bogels.

Langsollisten. Gruppe Säben. Heute abend 7 1/2 Uhr, in der Juristischen Sprechstunde, Einbruch 2. 8 u. 11 u. 11 u. 11. Bericht über die Reichsrentenreform in Erlangen. 2. Das neue Arbeitsprogramm. — Bänktliches Ergehen aller Anwesenden notwendig.

